

Russland – Innenpolitische Trends

von Prof. Dr. Eberhard Schneider

Zusammenfassung

Im ersten Quartal dieses Jahres fanden in Russland 2.500 soziale Protestaktionen statt, 200 allein in dem von der Schwerindustrie geprägten Föderalen Bezirk Ural. Inzwischen wurden von der Abteilung des Innenministeriums für den Kampf gegen den Extremismus in allen Föderationssubjekten Unterabteilungen gebildet. Am 18. und 19. April 2009 fand in Ishewsk, der Hauptstadt der Republik Udmurtien, das von der „neuen Linken“ organisierte „Uraler Sozialforum“ statt, mit 200 Delegierten aus 30 russischen Regionen und aus dem Ausland, gegen das die Spezialtruppen des Innenministeriums OMON massiv vorgingen. Die Teilnehmer arbeiteten die Konzeption für eine Kampagne gegen die Angriffe der Arbeitgeber auf die Rechte der Beschäftigten in den Zeiten der Wirtschaftskrise aus, kündigten eine Solidaritätskampagne gegen die Kommerzialisierung des Bildungswesens an und forderten eine „Demokratie des Alltags“ mit größerer Kontrolle der Finanzströme durch die Bürger.

In Moskau wurde am 23. April 2009 das „Russische Internet-Forum“ von Präsident Dmitrij Medwedew eröffnet. Medwedew richtete inzwischen sein persönliches Live-Journal ein. Zu seinen Videoblogs können Blogger Stellung nehmen. Es wird von Fällen berichtet, dass der Präsident auf dort beschriebene Missstände reagiert. Bei einem Treffen mit dem Stellvertretenden Premier und Leiter des Regierungsapparats sowie mit dem Informationsminister kritisierte der Präsident die unverständlichen Internetauftritte von manchen staatlichen Behörden. Der von Präsidenten gegründete „Rat zur Entwicklung der Informationsgesellschaft in der Russischen Föderation“, den er selbst leitet, dient dazu, allen Bürgern einen gleichen und kostengünstigen Zugang zum Internet zu verschaffen. Das Internet nutzen in Russland inzwischen 40 Mio. Menschen, das sind rund 28 % der Bevölkerung und 15 % mehr als im Vorjahr.

Alle zwölf Reformvorschläge, die Medwedew am 5. November 2008 in seiner ersten Botschaft zur Lage der Nation zur vorsichtigen Verbreiterung des demokratischen Fundaments des russischen politischen Systems, das Putin vorher geschmäler hat, vor der Föderalversammlung gemacht hat, sind inzwischen in die gesetzliche Tat umgesetzt worden. Lediglich bei einem Gesetzentwurf fand bisher erst die erste Lesung in der Staatsduma statt. Aufgrund dieser Reformen bekommen die Parteien ein größeres politisches Gewicht. Diejenige Partei, die in der Wahl zum regionalen Parlament gesiegt hat, kann dem Präsidenten ihren Mann für den Gouverneursposten vorschlagen, der ihn dann dem regionalen Parlament zur Wahl empfiehlt. Die kleinen Parteien mit nur 5 - 7 % Stimmenanteil können einen bis zwei Abgeordnete in die Staatsduma entsenden. Damit sind sie für die

nächste Wahl automatisch registriert und brauchen keine Unterschriften mehr zu sammeln. Außerdem bekommen sie das Recht, monatlich in den elektronischen Medien des staatlichen Verbunds der Fernseh- und Rundfunkanstalten über ihre Tätigkeit zu informieren. Auch die „Gesellschaftliche Kammer“, welche die Zivilgesellschaft vertritt, darunter viele NGOs, bekommt eine größere politische Bedeutung. Die Staatsduma ist verpflichtet, der „Gesellschaftlichen Kammer“ alle Gesetzentwürfe zuzuleiten. Zu Gesetzesvorlagen, welche die bürgerlichen Freiheiten betreffen, haben die Mitglieder der „Gesellschaftlichen Kammer“ sogar das Recht, bis zu fünf Minuten in der Staatsduma zu sprechen.

Unruhebilanz

Am 23. April 2009 erklärte der Erste Stellvertretende Innenminister, Michail Suchodolskij, dass es im ersten Quartal dieses Jahres in Russland 2.500 Protestaktionen gegeben hat, die mit den Folgen der Wirtschaftskrise zusammenhängen. 200 fanden allein im durch die Schwerindustrie geprägten Föderalen Bezirk Ural statt, bei 140 Protestaktionen kam es zu Gesetzesverstößen. Diese Bilanz zeigt zum einen, dass die Folgen der Wirtschaftskrise deutlich bei den Menschen zu spüren sind, so dass sie sich gezwungen sehen, durchschnittlich täglich an 28 Stellen im riesigen Land zu protestieren. Zum anderen machen die Protestler deutlich, dass sie nicht mehr bereit sind, um jeden Preis still zu halten und sich alles gefallen zu lassen, auch wenn sie dabei gelegentlich die Gesetze verletzen.

Die Regierung blieb zwischenzeitlich nicht untätig. Am 3. April 2009 teilte der Leiter der Abteilung des Innenministeriums für den Kampf gegen den Extremismus, der Milizgeneral Jurij Kokow, mit, dass in allen Regionen Unterstrukturen seiner Abteilung gebildet worden sind. Das ist die eine Variante der Staatsmacht, mit Protesten fertig zu werden, indem gegen sie repressiv vorgegangen wird. Die andere Variante wurde gegenüber „Russkij wolfram“ eingesetzt. Spontane Proteste fanden auch in der 1.000 Einwohner zählenden Siedlung Swetlogorje in der fernöstlichen Region Primorje statt. Die Protestler forderten nicht nur die Auszahlung ihrer ausstehenden Löhne – ein Drittel der Einwohner arbeiten in der Wolframfirma –, sondern auch eine warme Mahlzeit für ihre Kinder, weil sie selbst ihnen diese Mahlzeit nicht mehr bieten können. Die Regierung versprach nun, die Lohnnachzahlungen bis Ende Mai zu begleichen.

Am 18. und 19. April wurde in Ishewsk, der Hauptstadt der Republik Udmurtien, das „Uraler Sozialforum“ durchgeführt, auf dem der Schutz der Arbeits- und der Wohnrechte der Menschen in Zeiten der Wirtschaftskrise diskutiert wurde. Das Forum wurde von den „neuen Linken“ organisiert, z.B. vom Direktor des „Instituts für Globalisierung und soziale Bewegungen“, Boris Kragalitzkij, sowie von der privaten Aufklärungsfirma FarWestLLC mit Hauptsitz in Dubai.

An dem Forum nahmen 200 Delegierte aus 30 russischen Regionen und aus dem Ausland teil sowie russische und ausländische Journalisten. 40 Angehörige der Spezialeinheit des Innenministeriums OMON verjagten die Forumsteilnehmer aus ihren Hotels „Uralskaja“ und „Zentralnaja“. Einige von ihnen wurden festgenommen, obwohl sie keinerlei Massenaktionen geplant hatten. OMON bedrängte auch einen französischen Journalisten, nahm ihm den Pass weg und drohte ihm mit Deportation.

Auf dem Forum wurde die Konzeption für eine Kampagne gegen die Angriffe der Arbeitgeber auf die Rechte der Beschäftigten in Zeiten der Wirtschaftskrise ausgearbeitet, eine Solidaritätskampagne gegen die Kommerzialisierung der Bildung angekündigt sowie gegen die Einführung des Einheitlichen Staatlichen Examens in der gegenwärtigen Form. Die Teilnehmer diskutierten ferner die Taktik zum Schutz der Rechte der Pensionäre, die

Perspektiven des antifaschistischen Widerstands und die Information der Medien über den sozialen Protest im Lande.

Die Teilnehmer forderten eine „Demokratie des Alltags“. So sollte die Kontrolle der Bürger über die Finanzströme erhöht werden, welche die Rechte der Bevölkerung vom Wohnungsbau bis zu den Finanzinstituten betreffen. Diese Forderungen dürften auf den Widerstand der in diesen Bereichen involvierte Eliten stoßen.

Prognose: *Auch weiterhin wird die Staatsmacht auf soziale Proteste mit Zuckerbrot und Peitsche antworten. Gegen Protestierer dürfte die Polizei allerdings entschlossen vorgehen. Eine Zunahme der Proteste ist im Herbst und Winter zu erwarten, wenn die Krise sich verschärft.*

Internet in Russland

Am 23. April 2009 eröffnete Präsident Dmitrij Medwedew das „Russische Internet-Forum“. Das Internet ist das einzige Medium, das völlig frei, ohne jede Zensur und ohne jeglichen staatlichen Druck von allen genutzt werden kann. Nach Information von „Russland-Aktuell“ ist die Zahl der Internetnutzer im vergangenen Jahr um 15 % auf 40 Mio. gestiegen. Allerdings nutzen 30 % das Internet nur einmal in der Woche. In Moskau gebrauchen 72 % der erwachsenen Bevölkerung das Internet. 90 % der Internetnutzer sind zwischen 14 und 30 Jahre alt. Einen DSL-Anschluss haben bereits 11,4 Mio. Haushalte, das sind 21,5 % aller russischen Haushalte. Im Gegensatz zu Deutschland bestehen diese Anschlüsse mehrheitlich in den Regionen des großen Landes (57 %). Die Internetbetreiber verdienten im vergangenen Jahr 1 Mrd. \$. Die Internetshops verzeichneten 2008 einen Umsatz von 2,5 Mrd. \$.

Medwedew eröffnete inzwischen sein persönliches Live-Journal mit der Adresse <http://blog.kremlin.ru>. In seinem ersten Videoblog, der dem „Russischen Internet-Forum“ gewidmet ist, kritisierte der Präsident, dass die Internetpräsenz von staatlichen Organen noch sehr zu wünschen übrig lasse. Deutlicher wurde der Präsident auf dem Treffen mit dem Stellvertretenden Premier und Leiter des Regierungsapparats, Sergej Sobjanin, und dem Minister für Fernmeldewesen und Information, Igor Schtschegolew, am 24. April. Medwedew, der ein eifriger und täglicher Internetbenutzer ist, kritisierte, dass man auf den Internetauftritten von einigen Behörden „nichts verstehen kann“.

Medwedew hatte gleich nach seiner Wahl zum Präsidenten den „Rat zur Entwicklung der Informationsgesellschaft in der Russischen Föderation“ gegründet, den er selbst leitet. Aufgabe des Rats – so Medwedew weiter in seinem Videoblog – ist es, allen Bürgern gleichen und kostengünstigen Zugang zum Internet zu verschaffen. Das Internet könne mit der Generierung neuer Ideen und innovativer Ansätze bei der Überwindung der gegenwärtigen Krise helfen.

Stellung nehmen die Menschen zu den Blogs des Präsidenten unter der Adresse: http://community.livejournal.com/blog_medvedev (vor „medvedev“ steht ein Unterstrich). (Das Live-Journal „Community“ ist das in Russland populärste und hat täglich 200.000 Besucher.) Auf Blogs zu seinen regelmäßigen Live-Journal-Beiträgen, reagiert Medwedew. So schimpfte beispielsweise ein Blogger über den katastrophalen Zustand der Kinderklinik in Rjasan. Daraufhin forderte Medwedew vom dortigen Gouverneur, Oleg Kowalew, die Situation sofort zu regeln. Der Gouverneur antwortete, dass er alles tun werde, was ihm möglich sei.

Kritische Stimmen zu Medwedews neuem Live-Journal gibt es auch. Es sei nur eine PR-Aktion. Ein anderer Blogger meinte, das sei nur etwas für eine bestimmte Gruppe von Menschen, wobei er wohl diejenigen mit Internetzugang im Auge hatte.

Prognose: *Wenn ein Präsident in einem für russische Verhältnisse bisher nicht dagewesenen Maße die Informationsmöglichkeiten des Internets schätzt und persönlich nutzt, ist von ihm keine Einschränkung zum Internetzugang zu erwarten. Beim Bestehen des freien Internetzugangs, durch den auch die Massenmedien weltweit einsehbar sind, ist es nicht möglich, die Russen wirkungsvoll und komplett einer Informationszensur zu unterwerfen.*

Umsetzung von Medwedews politischen Reformvorschlägen

Am 5. November 2008 unterbreitete Präsident Dmitrij Medwedew in seiner ersten Botschaft insgesamt zwölf Vorschläge zur vorsichtigen Verbreiterung des demokratischen Fundaments des russischen politischen Systems, das Putin vorher – vor allem in seiner zweiten Amtszeit – geschmälert hatte. Was ist nach rund einem halben Jahr aus Medwedews Reformvorschlägen geworden?

Umsetzung von Medwedews politischen Reformvorschlägen

<i>Bisher</i>	<i>Jetzt</i>
Die Legislaturperiode der Staatsduma und die Amtsperiode des Präsidenten betragen jeweils 4 Jahre	Die Legislaturperiode der Staatsduma beträgt 5 Jahre und die Amtsperiode des Präsidenten 6 Jahre (Verfassungsänderungen traten in Kraft)
Die Regierung ist nicht verpflichtet, über ihre Tätigkeit vor der Staatsduma Rechenschaft abzulegen	Die Regierung ist verpflichtet, über ihre Tätigkeit in der Staatsduma im ersten Halbjahr (erstmal durch Wladimir Putin am 6. April) Rechenschaft abzulegen (Änderungen der Verfassung und des Gesetzes über die Regierung traten in Kraft)
Den Kandidaten für das Amt des Gouverneurs schlägt dem Präsidenten der Präsidentenvertreter in den Föderalen Bezirken vor	Den Kandidaten für das Amt des Gouverneurs schlägt dem Präsidenten diejenige Partei vor, die bei der Wahl zum regionalen Parlament die Mehrheit erhalten hat (Dekret vom Präsidenten unterschrieben)
Der Senator muss 10 Jahre in dem Föderationssubjekt ansässig gewesen sein, für das er vom Gouverneur oder vom regionalen Parlamentsvorsitzenden in den Föderationsrat entsandt wird	Der Senator muss Abgeordneter des regionalen oder kommunalen Parlaments sein und muss nicht mehr zehn Jahre im Föderationssubjekt, das er im Föderationsrat vertritt, ansässig gewesen sein (tritt am 1. Januar 2011 in Kraft)

Die Absetzung eines Bürgermeisters ist nur durch ein Referendum oder bei Einleitung eines Strafverfahrens möglich	Das kommunale Parlament kann den Bürgermeister absetzen aufgrund seiner Initiative oder auf Initiative des Gouverneurs (Gesetz von der Staatsduma verabschiedet)
Um an Parlamentswahlen teilnehmen zu können, muss eine Partei neben Unterschriften (siehe unten) bei der Zentralen Wahlkommission ein finanzielles Wahlpfand (bei der Staatsdumawahl 2007 1,7 Mio. €) hinterlegen, das verloren ist, wenn die Partei weniger als 4 % der Stimmen bekommt	Das Wahlpfand entfällt. Es genügen zur Wahlregistrierung die eingereichten Unterschriften (Gesetz vom Präsidenten unterschrieben)
Um an Parlamentswahlen teilnehmen zu können, muss eine Partei 200.000 Unterschriften vorlegen	Bei der nächsten Staatsdumawahl im Jahr 2011 muss eine Partei 150.000 Unterschriften vorweisen, und bei den folgenden Wahlen 120.000 (Gesetzentwurf wurde von der Staatsduma in erster Lesung angenommen)
Eine Partei kann in die Staatsduma keine Abgeordneten entsenden, wenn sie weniger als 7 % der Stimmen bekommen hat	Eine Partei, die zwischen 5 und 7 % der Stimmen bekommen hat, darf in die Staatsduma einen oder zwei Abgeordnete entsenden (Gesetz von der Staatsduma verabschiedet)
Es besteht keine Garantie für den Medienzugang der in der Staatsduma vertretenen Parteien	Jede Partei erhält die gleiche Möglichkeit, monatlich in den Medien des staatlichen Verbunds der Fernseh- und Rundfunkanstalten (WGTRK) zu informieren (Gesetz von der Staatsduma verabschiedet)
Zur Registrierung einer Partei beim Justizministerium müssen mindestens 50.000 Mitglieder nachgewiesen werden	Ab 2010 wird die nachgewiesene Mindestmitgliederzahl auf 45.000 gesenkt, und nach zwei Jahren auf 40.000 (Gesetz von der Staatsduma verabschiedet)
Parteiführer können zeitlich unbegrenzt im Amt bleiben	Die Parteien müssen ihre Statuten dahingehend ändern, dass das Personal in ihren Führungsämtern rotiert (Gesetz von der Staatsduma verabschiedet)

<p>Die Meinung der „Gesellschaftlichen Kammer“ als Vertreterin der Zivilgesellschaft mit vielen Abgesandten der NGOs wird in der Staatsduma weitgehend ignoriert</p>	<p>Die Staatsduma ist verpflichtet, der „Gesellschaftlichen Kammer“ alle Gesetzesprojekte zukommen zu lassen. Die Mitglieder der „Gesellschaftlichen Kammer“ haben das Recht, in der Staatsduma bis zu fünf Minuten zu sprechen, wenn Gesetzesvorlagen behandelt werden, welche die bürgerlichen Freiheiten betreffen (Staatsduma hat ihre Geschäftsordnung geändert)</p>
--	---

Alle Reformvorschläge Medwedews wurden in die Tat umgesetzt bis auf das Gesetz über die Reduzierung der zu leistenden Unterschriften für die Teilnahme einer Partei an der Staatsdumawahl. Dieser Gesetzentwurf hat laut „Iswestija“ vom 28. April, die auch die Hauptquelle für obige Tabelle ist, bisher erst nur die erste Lesung in der Staatsduma passiert.

Das politische Gewicht der großen Parteien hat durch die Umsetzung der Reformvorschläge des Präsidenten zugenommen. Der erste „Preis“, den sie gewinnen können, ist der Gouverneursposten, wenn sie bei der Wahl in den Regionen als stärkste Partei abgeschnitten haben. Die im Parlament vertretenen Parteien können nun regelmäßig in den elektronischen Medien über ihre Arbeit informieren, und sie erhalten einen erleichterten Zugang zu den Wahlen auf allen Ebenen. Auch wenn die Parteien mit nur fünf bis sieben Prozent der Stimmen bei der Parlamentswahl bekommen haben, können sie nun einen bis zwei Abgeordnete in die Staatsduma entsenden. Die Hürde von 7 % zum Parlamentseintritt wurde jedoch nicht auf die früheren 5 % abgesenkt. Infolge der Entsendung von zwei Abgeordneten in die Staatsduma haben auch die kleinen Parteien das Recht, in den Medien regelmäßig über ihre Tätigkeit informieren zu können. Und sie müssen für ihre Kandidatur bei zukünftigen Wahlen auf allen Ebenen keine Unterschriften mehr sammeln, denn die in der Staatsduma vertretenen Parteien sind von dieser Verpflichtung befreit. Da diese Parteien automatisch als Wahlteilnehmer registriert sind, kann auch niemand mehr den Registrierungsvorgang benutzen, um unter Vorwänden die Partei von der Teilnahme an der Wahl auszuschließen.

Nicht zu übersehen ist auch die Zunahme der „Gesellschaftlichen Kammer“, deren Mitglieder die Zivilgesellschaft –darunter die NGOs – vertreten. Die Staatsduma, die bisher deren Meinung ignoriert hat, ist nun verpflichtet, ihr *alle* Gesetzentwürfe zukommen zu lassen, nicht nur diejenigen, welche die Freiheit des Menschen sowie Gesundheits- und Eigentumsfragen betreffen. Mitglieder der „Gesellschaftlichen Kammer“ haben sogar eine Rederecht in der Staatsduma bekommen. Zu Gesetzesvorlagen, welche die bürgerlichen Freiheiten betreffen, können sie bis zu fünf Minuten Stellung nehmen.

Prognose: *Die ersten politischen Früchte der Reform können in diesem Herbst gesehen werden, wenn eine Reihe von regionalen Parlamenten gewählt wird. Die Vertreter der Regionen auf der föderalen Ebene, die Senatoren des Föderationsrats, werden allerdings erst ab 2011 eine regionale oder kommunale Legitimation vorweisen müssen.*

Umfrage zur staatlichen Unterstützung der Wirtschaft

Das Moskauer Meinungsforschungsinstitut „Allrussische Zentrum zur Erforschung der öffentlichen Meinung“ (WZIOM) befragte am 11./12. April 1.600 Personen in 140 Ortschaften in 42 Föderationssubjekten. (Die statistische Fehlerquote beträgt 3,4 %.)

Welchen Wirtschaftszweig soll der Staat vorrangig unterstützen? (nicht mehr als fünf Antworten waren möglich, in %)

Landwirtschaft	72
Bauindustrie	31
Nahrungsmittelindustrie	26
Ölindustrie	19
Militärisch-industrieller Komplex	19
Gasindustrie	17
Forstwirtschaft	17
Kohle und andere Bodenschätze, außer Öl und Gas	15
Transportwesen	15
Elektroenergetik	14
Flugzeugindustrie	14
Automobilindustrie	12
Banken, Investment- und Versicherungsgesellschaften	9
Handel, Werbung und Marketing	4
Kommunikationsmittelindustrie	3
Keine Unterstützung ist notwendig	2
Schwer zu antworten	8

Interpretation: Die Menschen sind zu fast Dreiviertel (72 %) für die Unterstützung der Landwirtschaft durch den Staat und an zweiter Stelle zu einem guten Viertel (26 %) der Nahrungsmittelindustrie. Sie sind nur zu einem knappen Zehntel (9 %) für die staatliche Unterstützung der Banken. An zweiter Stelle rangiert mit einem knappen Drittel (31 %) die Bauindustrie. Die Autoindustrie rangiert mit 12 % auf dem 12. Rang. Bemerkenswert wichtig ist den Menschen mit knapp einem Fünftel (19 %) der an fünfter Stelle genannte Militärisch-industrielle Komplex, an dem viele Arbeitsplätze hängen.

Bemerkungen:

Der Beitrag gibt die persönliche Auffassung des Autors wieder.



Prof. Dr. Eberhard Schneider (Universität Siegen) ist Chefredakteur von „Russland intern aktuell“ und Advisory Board Member of the EU-Russia Centre in Brüssel.